

Das malayische Dilemma

f. Dem erbarmungslosen Ausrottungskrieg, den die malayischen Aufständischen nun seit Jahren gegen den britischen Kolonialherrn und alle diejenigen führen, von denen sie wissen oder auch nur annehmen, daß sie ihm dienlich sind, will Churchill mit energischen Mitteln ein Ende bereiten.

Das ist sehr viel leichter gesagt als getan. Die Labour-Regierung, der Kolonialkriege ein Greuel waren und die mit der Freigabe Indiens, Pakistans, Ceylons und Burmas eine denkwürdige Weitsicht bewiesen hat, ist mit dem Problem Malaya nicht fertig geworden. Hier standen wichtigste Interessen Großbritanniens auf dem Spiel. Mit dem bloßen Verzicht wäre nichts gewonnen gewesen. Die Freigabe des bedeutendsten Gummi- und Zinn-Zentrums der Erde hätte womöglich ein noch größeres Chaos heraufbeschworen, als es der Aufstand getan hat, von den Begehrlichkeiten ganz abgesehen, die der Abzug der Briten entfesselt hätte.

Die fürchterlichste Waffe der Aufständischen, der gnadenlose Terror, hat das Land zu einem Reich des Schreckens und des Mordens, der Verstümmelungen und der Hinterhältigkeiten gemacht. Seit Jahren vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus dem Dschungel Banden hervorbrechen, Tod und Verderben über irgend eine Gummipflanzung oder Zinnmine bringen, britische Truppen und ihre kolonialen Hilfsstreitkräfte aus dem Hinterhalt überfallen, Dörfer und Städte terrorisieren und wieder in die Nacht des Dschungels zurückweichen, um den nächsten Schlag vorzubereiten. Die Ermordung ihres vornehmsten Opfers, des britischen Hochkommissars Sir Henry Gurney, hat bewiesen, daß niemand vor ihnen mehr sicher, das nirgendwo im Lande mehr ein Ort ist, der ihrem Zugriff versperret werden kann.

Was auch immer Churchill tun mag, die Tage der britischen Herrschaft sind gezählt. Der von Kommunisten geleitete Aufstand hat immerhin erreicht, daß auch die nationalen Kräfte in ihren Forderungen nicht hinter den Aufständischen zurückbleiben können. Der vor kurzen gegründete Malayische Unabhängigkeitspartei hat die britische Verwaltungsspitze nach Lage der Dinge die Billigung und die

äußerliche Förderung nicht versagen können. Wenn die Bewegung gegen die Aufständischen Erfolg haben soll, muß ihr Ziel mindestens der Status sein, den heute Indien, Pakistan und Ceylon haben, also der Dominienstatus mit völliger außen- und innenpolitischer, wirtschaftlicher und militärischer Unabhängigkeit innerhalb des Commonwealth, aber auch mit dem Recht, aus diesem Bund auszutreten.

Die malayischen Vorgänge sind ein klares Beispiel dafür, daß die Zeit des westlichen Kolonialismus zur Neige geht und zwar in allen seinen Spielformen. Die Ablösung der Labour-Regierung durch eine konservative mag vorübergehend diesen Prozeß verlangsamen, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Wechsel den nationalistischen Widerstand in den Kolonien, nicht nur in Malaya, verstärken wird.

+ + +

#### P a r i s erlegen

ae. Man kennt die Freude von jungen Menschen, die bei einem anscheinend überwältigend schönen Erleben oder beim Anblick neuer Sehenswürdigkeiten außer Rand und Band geraten, um dann nachher, wenn der Rausch verklungen ist, sich ernüchert zu besinnen, daß das Erleben nichts Außergewöhnliches und die Sehenswürdigkeit nichts Einmaliges war. Wer den Bundeskanzler am letzten Freitag auf der Pressekonferenz erlebte, wurde an Ausbrüche jugendlicher Begeisterung erinnert, "Geradezu erhebend für einen Deutschen" (das mag stimmen - für d i e s e n einen), "Größte Harmonie", "Wirklich gute Atmosphäre - von den Franzosen selbst bestätigt" (!) - er schwelgte nur so in Superlativen und beschwor das Bild eines Primaners herauf, der zum ersten Mal die Seine-Stadt hinabfuhr.

Nun, der Bundeskanzler ist kein junger Mensch mehr. Mit seinen 77 Lenzen müßte er auch bei dieser Gelegenheit etwas von der Weisheit seiner Jahre ausstrahlen, mit der er sich sonst zu umgeben weiß. Er ist auch nicht das erste Mal in Paris gewesen... Und das an sich völlig bedeutungslose Moment einer Blitzlichtaufnahme von 50 Fotoreportern dürfte ihn nicht dazu bewegen, daraus den Maßstab "geschichtlicher Größe" eines Vorganges abzuleiten. Kinohelden, Boxkämpfer, erfolgreiche Fußballspieler und Schwimmrekordler, standen und stehen öfter im Kreuzfeuer von mehr als 50 Photographen, und doch wird es ihnen nicht einfallen, deshalb die Geschichte zu apostrophieren.

Was in Paris geschah und wovon der Kanzler so begeistert zu künden wußte, hat wahrhaftig mit einem "geschichtlichen Wendepunkt" nichts zu tun. Der Kanzler kam, sah und gab; er tauschte die Zukunft der deutschen Jugend und des deutschen Volkes gegen Versprechungen ein, deren Inhalt niemand kennt. Das ist weiß Gott kein Grund zur Selbstgefälligkeit, kein Anlaß, sich in einer Atmosphäre zu sonnen, die im Grunde genommen für Deutschland alles andere als heiter ist.

+ + +

Gummistempel "Geheim"

P.R. In Bonn ist wieder einmal ein Journalist wegen des "dringenden Verdachtes eines Verbrechens des Geheimnisverrates" verhaftet worden. Der dritte in kurzer Zeit. Natürlich geschah das nicht ohne Rechtsgrundlage. Der § 353c des StGB bedroht mit Strafe denjenigen, der "unbefugt ein amtliches Schriftstück, das als geheim oder vertraulich bezeichnet worden ist oder dessen wesentlichen Inhalt, ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet".

Der Paragraph trägt alle Merkmale Obrigkeitstaatlichen Denkens, verleitet die Rechtsprechung dazu, daß öffentliche mit dem staatlichen und dieses wieder mit dem Interesse der Verwaltung zu verwechseln. So bestimmt schließlich der zuständige Ministerialbeamte, was öffentliches Interesse ist. Dieser Paragraph sollte so bald als möglich fallen.

Mehr aber noch geht es um die politischen Absichten. Selbstverständlich wird man in den Kreisen der Regierung und bei den an sie gebundenen Staatsanwaltschaften solche Absichten leugnen und von dem reinen Recht sprechen, das man angewandt wissen wolle. Dieses Recht hat, weil es in der Vorstellung der Menschen ein Begriff von ewiger moralischer Gültigkeit ist, in der Geschichte immer wieder dazu herhalten müssen, politisches Wollen zu legitimieren, vor allem, wenn es in seinem Wert fragwürdig war.

"Geheimverrat", "Anstiftung zum Bruch der Amtsverschwiegenheit" - noch sind alle diejenigen auf freiem Fuß, die Geheimnisse an die Journalisten verraten und ihre Amtsverschwiegenheit gebrochen haben. Die ausländischen Korrespondenten demokratischer Staaten in Bonn, insbesondere die aus USA und Großbritannien, sind über die ganzen hier angewandten Methoden auf diesem Gebiet ehrlich empört, vor allem über die Ungleichheit in der Behandlung der Beteiligten. Nun - der Beamte, der sich weigert, kann versetzt oder entlassen werden, damit ist der Fall erledigt. Die Journalisten aber kann man nicht entlassen. So soll ihre Bewegungsfreiheit eingeengt, sollen sie abgeschreckt und gefügig gemacht werden. Der Staatsapparat ist eine heilige Sache. Soweit es möglich ist, soll der neugierig-profane Blick des Zeitungs- und Rundfunkmannes von diesem sakrosankten Hohheitsgebilde und seinen internen Funktionen ferngehalten werden.

Dieser ständig beobachtende Blick ist lästig und unbequem - das ist des Pudels Kern. Gegen diese Wiederkehr einer Metternichschen Atmosphäre muß mit allem Nachdruck angegangen werden. Natürlich gibt es Staatsgeheimnisse. Dann muß man sie vor ihrer Weitergabe an einen Journalisten zu schützen wissen. Der Inflation von Gummistempeln "Geheim" ist schleunigst ein Ende zu setzen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau